

EIDG. FINANZVERWALTUNG  
Währung, Wirtschaft, Tresorerie

3003 Bern, 27. November 1990

972.39/982.3 Kae/gb Kae/bwi/gbminist.txt

## Notiz an Herrn Bundesrat Stich

Gespräche mit Vertretern der belgischen, niederländischen  
und schwedischen Finanzministerien (Stockholm, 21.11.1990)

Herr Bundesrat

Auf Einladung des Unterstaatssekretärs im schwedischen Finanzministerium G. Lund sind der Kabinettchef des belgischen Finanzministers B. Snoy, der niederländische Schatzmeister C. Maas und der Unterzeichnete am 21.11.1990 in Stockholm zusammengekommen, um Fragen gemeinsamer Interessen zu besprechen. Am Vortag hatte der Unterzeichnete zusammen mit Botschafter Rüegg Herrn Lund einen Besuch abgestattet, welcher die Gelegenheit gab, in einer freundlichen Atmosphäre die Sitzungsthemen bilateral vorzubesprechen. Diese Themen waren erstens die Zukunft der Zehnergruppe (Arbeitsprogramm, Verfahrensfragen einschliesslich die Problematik einer Erweiterung der Gruppe), zweitens die ad hoc-Zusammenarbeit unter den "nicht G-7 Industrieländern" und drittens die schweizerische Kandidatur zu den Bretton Woods Institutionen.

### 1. Zukunft der Zehnergruppe

#### 1.1 Arbeitsprogramm

Snoy als Vertreter des turnusmässigen Präsidenten der Zehnergruppe für 1991 machte diesbezüglich zwei Vorschläge, die mit gewissen Einschränkungen und Erweiterungen grundsätzlich und unter Vorbehalt der Zustimmung unserer Minister und Notenbankgouverneure gutgeheissen wurden.

Der erste würde darauf abzielen, der Zehnergruppe den Ueberblick über die Finanzierungsbedürfnisse, -begehren, -initiativen und -leistungen zu gewähren, die mit dem wirtschaftlichen Reformprozess in Zentral- und Osteuropa und mit den wirtschaftlichen Konsequenzen der Golfkrise zusammenhängen.

Nach dem zweiten Vorschlag sollte die Zehnergruppe sich mit den Implikationen der Globalisierung und der Inter-

nationalisierung der Finanzmärkte für das internationale Währungssystem auseinandersetzen. Es wäre aber dabei zu beachten, dass die Kompetenzen der Notenbanken, bzw. der Banken- und Börsenaufsichtsbehörden und der Gruppe Müller bei der BIZ in keiner Weise beeinträchtigt würden.

Das französische, deutsche und britische Schatzamt haben bereits positiv, wenn auch ohne Begeisterung auf diese Vorschläge reagiert. Der Präsident der Zehnergruppe wird seinen Kollegen das erwähnte Arbeitsprogramm erst schriftlich unterbreiten, wenn die USA ebenfalls eine positive Haltung einnehmen.

## 1.2 Erweiterung der Zehnergruppe

In seinem Antrittsvotum vom 23. September hatte der angehende Präsident Maystadt zur allgemeinen Ueberraschung gesagt, dass er während seinem Mandat bereit sei, jegliche Frage auf die Traktandenliste der Ministersitzungen zu setzen, Substanz- wie Verfahrensfragen, einschliesslich das Problem der Zusammensetzung der Zehnergruppe. Snoy liess wissen, dass die Briten bei seiner Sondierung über das Arbeitsprogramm zu verstehen gegeben hätten, die grossen Länder könnten die Belebung der Zehnergruppe von einer gewissen Erweiterung abhängig machen.

In unseren Gesprächen in Stockholm wurde festgestellt, dass es ein klares Kriterium gäbe für eine beschränkte Erweiterung der Gruppe: man könnte als Mitglieder die Länder aufnehmen, die eine höhere IWF-Quote als das quotenschwächste Mitglied (Schweden) haben. Zwei Länder würden diese Bedingung erfüllen, nämlich Australien und Spanien. Aber Norwegen und Oesterreich, die der nordischen bzw. der belgischen Ländergruppe angehören, würden sofort auch um Einlass bitten. Oesterreich kann geltend machen, dass es sich als Neunte unter den wichtigsten Gläubigern des IWF einreicht. Es wäre politisch heikel, diese Länder vor der Tür stehen zu lassen. Es wurde auch daran erinnert, dass die Notenbanken sich jeweils gegen die Erweiterung ihrer eigenen Zehnergruppe ausgesprochen hatten, die monatlich am Sitz der BIZ in Basel zusammentrifft. Auch eine Erweiterung der Arbeitsgruppe 3 der OECD, welche dieselbe Zusammensetzung wie die Zehnergruppe aufweist, würde Probleme schaffen. Andererseits erkannte man, dass es eine Kompromisslösung gäbe, wenn man eine finden wollte. So könnten Australien und Spanien als Vollmitglied aufgenommen werden, während Oesterreich in der belgischen und Norwegen in der schwedischen Delegation Einsitz nehmen würden. Eine ähnliche Lösung wird bereits bei der Arbeitsgruppe 3 für die nordischen Länder und diejenigen der Benelux angewendet.

In Stockholm sprach sich der niederländische Vertreter Maas gleichwohl klar gegen eine Erweiterung der Zehnergruppe, während Lund, Snoy und der Unterzeichnete eine etwas offenere Haltung einnahmen: sie würden eine Erweiterung nicht ganz ausschliessen, wenn der Einschluss von Australien und Spanien von den grossen Ländern als Bedingung für eine Belebung der Zehnergruppe postuliert würde.

## 2. Ad hoc-Zusammenarbeit

Dieses Thema erwies sich als wenig ergiebig. Die Teilnehmer vertraten alle die Meinung, dass ihre Zusammenkünfte als einziges Ziel die Belebung der erlahmten Zehnergruppe hätte und es keineswegs sinnvoll sei, eine Gruppe der kleinen Länder zu bilden. Immerhin könnte es nützlich sein, rein informell persönliche Kontakte zu pflegen, um ausloten zu können, welches die respektiven Haltungen und Ansichten in Fragen gemeinsamer Interessen sind. Die "Gulf Crisis Financial Coordination Group" wurde als Beispiel zitiert.

## 3. Schweizerische Kandidatur zu den Bretton Woods Institutionen

Der Unterzeichnete hat seine Kollegen über den Stand der Angelegenheit orientiert. Die dritte Sitzung des Mitgliedschaftsausschusses sei ergebnislos verlaufen. Der Präsident sei nicht mehr gewillt, eine neue Sitzung einzuberufen, ohne quasi die Sicherheit zu haben, zu einem Entscheid mindestens über die kalkulierte Quote zu kommen. Die Schweiz, die bereits mit der Unterstützung verschiedener grosser Länder rechnen kann, möchte tunlichst vermeiden, dass an einer Sitzung über die kalkulierte Quote ein Beschluss gefasst und an einer weiteren Sitzung über die effektive Quote beraten wird. Beide Fragen sollen zusammen diskutiert werden.

Der Unterzeichnete lud seine Kollegen ein, ihre An- und Absichten bekanntzugeben, zumal sie "hinter dem Spiegel" sassen, vor welchem die Schweiz steht.

Lund erklärte, dass Schweden grossen Wert auf die Einhaltung der IWF-Regeln bei der Bemessung der kalkulierten Quote lege, wäre aber bereit, die besondere Stellung der Schweiz als Finanzplatz, als Mitglied der Zehnergruppe und als langjährige Mitträgerin der internationalen Währungszusammenarbeit, bei der Festlegung des Koeffizients und somit der effektiven Quote gebührend zu berücksichtigen.

Maas und Snoy, die offenbar auf der selben Linie standen, sagten unumwunden, dass sie sich lange überlegt hätten, auf welches Niveau die schweizerische Quote festgelegt werden sollte, um den belgischen bzw. nie-

derländischen Interessen am besten zu dienen oder zu schonen: eine tiefere oder eine höhere Quote? Eine tiefere Quote, welche den spanischen Vorstellungen entsprechen würde, könnte vorderhand die schweizerische Kandidatur stilllegen. In diesem Fall wäre es doch wahrscheinlich, dass die Schweiz einmal wieder die Beitrittsfrage aktivieren würde. Unser Land würde auch dann alles daran setzen, um einen Sitz zu bekommen. Mit einer tieferen Quote hätte es mehr Länder abzuwerben und würde somit mehr Schaden in den Ländergruppen anrichten als mit einer höheren Quote. Deshalb seien sie nach reiflicher Ueberlegung zum Schluss gekommen, dass die Schweiz eine höhere Quote erhalten sollte. Es bliebe noch für die Schweiz die schwierige Aufgabe, Spanien zu besänftigen. Maas und Snoy rieten der Schweiz, Pedro Perez à tout prix zu treffen und ihn direkt zu kontaktieren, wenn Sarcinelli und Trichet sich nicht rechtzeitig rühren würden. Die Schweiz sollte Spanien versprechen, dass sie ihre Ansprüche auf Quotenerhöhung zur gegebenen Zeit voll unterstützen würde.

Der Unterzeichnete bemerkte, dass dieses Versprechen überzeugender wäre, wenn es noch durch die "solidarité communautaire" untermauert würde.

Snoy und Maas schlossen mit der Bemerkung, dass sie eine höhere Quote für die Schweiz befürworten würden, dass aber ihrer Ansicht nach unser Land nie auf eine solche von 1,8 Mrd. SZR kommen würde. Man sollte vielmehr mit einer Quote von 1,6 Mrd. SZR rechnen.

Der Unterzeichnete erinnerte daran, dass einige grosse Länder sich für eine höhere Quote einsetzten und dankte seinen Kollegen für diese offene Aussprache über die schweizerische Kandidatur.

EIDG. FINANZVERWALTUNG  
Vizedirektor



Kaeser



Eidgenössische Finanzverwaltung  
Administration fédérale des finances  
Amministrazione federale delle finanze

3003 Bern 27. November 1990

Ø 031/61 60 87

Ihr Zeichen  
Votre signe  
Vostro segno

Unser Zeichen 972.39 gb Kae/bwi/stockh.txt  
Notre signe  
Nostro segno

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	799.20
EE	
R	29. NOV. 1990
<i>KFA</i>	
Kopie an	

Eidg. Dep. für auswärtige  
Angelegenheiten

- Herrn Staatssekretär  
Prof. Dr. K. Jacobi
- Herrn Min. A. Lautenberg

Eidg. Volkswirtschafts-  
departement

- Herrn Staatssekretär  
~~Prof. Dr. F. Blankart~~
- Herrn Stv. Dir.  
Dr. R. Jeker
- Herrn Botschafter  
Dr. P.-L. Girard

Schweiz. Nationalbank

- Herrn Präsident  
Dr. M. Lusser
- Frau Vizedirektorin  
Dr. M. Dubois

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Auftrag von Herrn Vizedirektor Kaeser erhalten Sie zu Ihrer Information eine Notiz an Bundesrat Stich über die Gespräche mit Vertretern der belgischen, niederländischen und schwedischen Finanzministerien in Stockholm vom 21. November 1990.

Mit freundlichen Grüssen

EIDG. FINANZVERWALTUNG  
Sektion Währung

*F. Zurbrugg*  
F. Zurbrugg

Beilage erwähnt